



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wie viele Flüchtlinge kann und sollte Deutschland aufnehmen? Wie lässt sich eine gerechte Lastenverteilung in Europa organisieren? Und welche Folgen hat der Zustrom Hunderttausender für den Zusammenhalt der betroffenen Gesellschaften? Das sind nur einige der vielen Fragen, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Europa derzeit gleichermaßen umtreiben. Wenig Aufmerksamkeit erfährt dabei jedoch ein Aspekt, den Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des Entwicklungsgipfels der Vereinten Nationen in New York dementsprechend deutlich hervorgehoben hat: „Wer das Leid derjenigen sieht, die ihre Heimat hinter sich lassen und sich anderswo Schutz und Zukunft erhoffen, wer auch die Herausforderung für die Länder kennt, die Flüchtlinge aufnehmen, der weiß, dass es letztlich nur eine Lösung gibt: Wir müssen den Ursachen für Flucht und Vertreibung entgegenwirken.“

Wer den Ursachen von Flucht und Vertreibung dauerhaft entgegenwirken will, braucht einen langen Atem – das ist die Kernbotschaft der auf dem Gipfel verabschiedeten so genannten Agenda 2030, die folgerichtig „Agenda für nachhaltige Entwicklung“ heißt. Was es mit nachhaltiger Entwicklung auf sich hat, welche Ziele die Staatengemeinschaft in Zukunft verfolgt, wie die neue Entwicklungsagenda zu bewerten ist und inwiefern auch Deutschland neuerdings ein „Entwicklungsland“ ist, damit beschäftigen sich Winfried Weck und Sabina Wölkner in ihren Beiträgen zu dieser Ausgabe.

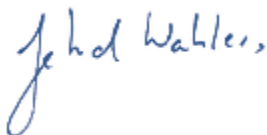
Welchen konkreten Herausforderungen sich Entwicklungszusammenarbeit jenseits von Gipfeln und Agenden gegenüberstellt, verdeutlicht dagegen der Beitrag von Andrea Ostheimer zu illegalen Finanzströmen. Seit Jahren übersteigt das Volumen so genannter Illicit Financial Flows in Subsahara-Afrika das Volumen der dort geleisteten Entwicklungshilfe bei weitem. Das heißt im Umkehrschluss: Sollte es gelingen, illegale Finanzströme in der Region zu unterbinden, wären viele afrikanische Staaten zumindest potenziell in der Lage, ihre Entwicklungsanstrengungen von heute auf morgen selbst zu finanzieren.

Zu jenen Staaten Subsahara-Afrikas, die in hohem Maße von illegalen Finanztransaktionen betroffen sind, gehört auch die Côte d'Ivoire, wo Ende Oktober Präsidentschaftswahlen stattfinden. Da es im Anschluss an die letzte Wahl zu blutigen Auseinandersetzungen mit mehr als 3.000 Toten gekommen war, beschäftigt sich Valentin Katzer in seinem Beitrag nicht nur mit den Wahlchancen einzelner Kandidaten, sondern auch mit dem Konfliktpotenzial des anstehenden Urnengangs.

Mit welchen Herausforderungen externe Akteure der Entwicklungszusammenarbeit gerade in Konfliktregionen konfrontiert sind, zeigt der Beitrag von Julia Bimler und Hans Maria Heÿn über das langjährige Engagement der Europäischen Union beim Aufbau eines palästinensischen Staates. Bimler und Heÿn plädieren dafür, dass die Europäische Union mehr Verantwortung im israelisch-palästinensischen Konflikt übernimmt – nicht zuletzt um sicherzustellen, dass das Geld der europäischen Steuerzahler nicht in die Fortschreibung des Status quo, sondern in eine dauerhafte Lösung des Konflikts fließt.

Mit den Folgen von Flucht und Vertreibung hat derweil nicht nur Europa zu kämpfen. Auch Australien sieht sich seit einiger Zeit mit stark ansteigenden Flüchtlingszahlen konfrontiert und hat darauf zuletzt mit einer auf Abschottung ausgerichteten Politik reagiert. Denis Schrey und Tobias Schneider bezweifeln in ihrem Beitrag allerdings, dass die so genannte Pazifische Lösung das Flüchtlingsproblem tatsächlich lösen kann, und plädieren stattdessen für die Rückkehr zu einer „humanitären Flüchtlingspolitik“.

Jenseits aller Debatten um deutsche Aufnahmebereitschaft und australische Abschottungstendenzen gilt jedoch: Die effizienteste Flüchtlingspolitik ist immer noch die, die dafür sorgt, dass Flüchtlingsströme erst gar nicht entstehen. Daran hat Angela Merkel in ihrer New Yorker Rede erinnert, und dazu einen Beitrag zu leisten, ist auch die Aufgabe der politischen Stiftungen.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de